

Wahre Freiheitliche und die Verräter

1.Teil: Idealismus oder Taktik von 1969 - 1986

von Dr. Sepp Pasteiner

Die blaue FPÖ ist als Nachfolgepartei der Revolutionäre von 1848 eine klassisch nationalliberale Partei, wobei Obmann Friedrich Peter ab 1970 das liberale Element betonte um sich bei der Kreisky – SPÖ lieblich zu machen. Dieser Peter – Zeilinger Kurs wurde von uns Jungen damals schwer kritisiert, mit Ausnahme von Jörg Haider.

Im Herbst 1969 traten mit mir unter anderen folgende Studenten dem RFS bei: Norbert Gugerbauer, Michael Häupl und Jörg Haider. Häupl und Haider lernten sich beim RFS aber kaum kennen, weil sie ihr Engagement anderwärts verlegten.

Häupl wurde Vorsitzender der National-Freiheitlichen Pennalkorporationen von Niederösterreich, wo er sehr erfolglos agierte. Als er sichtbar auch noch immer weiter nach links rückte, sorgte ich 1972 für seinen ruhmlosen Rücktritt, worauf er in der Versenkung verschwand. Als nichtzahlende Karteileichen wurden Häupl und Haider 1973 aus der RFS-Mitgliederkartei gestrichen. Im Herbst 1973 tauchte Häupl im Windschatten von Josef Cap beim VSSTÖ auf und wir saßen uns folglich im ÖH – Hauptausschuss der UNI – Wien als Mandatäre gegenüber, wobei er sehr farblos agierte.

Haider wurde 1970 Bundesvorsitzender des RFJ, vernachlässigte seine Burschenschaft und baute als Jungliberaler gezielt an seine Parteikarriere. Während es für uns engagierte RFSler, dazu gehörten auch Helmut Krünes, Herbert Haupt, John Gudenus, Jörg Schmiedbauer, Norbert Gugerbauer, Rainer Pawkowicz, Hansjörg Tengg und viele andere, selbstverständlich war, für die Hochschulpolitik mehrere Semestre opfern zu müssen, konnte Jörg Haider sein Studium in der Mindestzeit abschließen.

Ab 1972 hatte ich im Cafe Hummel mit Gugerbauer viele nächtliche Diskussionen über Haider. Ich war der Auffassung Haider sei ein gesinnungsloser Karrierist, ein Egozentriker, der zu Befriedigung seines Ehrgeizes über Leichen gehe. Gugerbauer verteidigte seinen Freund und Gegenpaukanten gegen alle Vernunft.

Schließlich entschloss sich FPÖ – Obmann Friedrich Peter Haider zu demolieren, da holte ihn der Kärntner FPÖ – Obmann Dr. Ferrari – Brunnenfeld 1977 als Landespartei sekretär und legte damit eine politische Initialzündung. Haider wurde 1979 der jüngste Nationalrat und nach dem Rücktritt von Bundesparteiobmann DDr. Alexander Götz unterstützte er in der kommenden Obmann – Kampfabstimmung nicht den „Nationalen“ Dr. Harald Ofner, sondern den „Liberalen“ Dr. Norbert Steger. Steger zielte auf eine rot – blaue Koalition und versprach Haider ein Ministeramt. Da ihn die SPÖ aber nicht wollte, wurde 1983 daraus nichts. Darauf riss der inzwischen „national“ gewordene Oberösterreicher Haider den Parteivorsitz in Kärnten an sich und der frustrierte Burschenschafter Ferrari musste als Staatssekretär nach Wien gehen.

Von April 1983 bis Jänner 1987 gab es, auf intensiven Wunsch von Bruno Kreisky, nominell die rotblaue Koalitionsregierung mit Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz (ab 1985 Vranitzky) und Vizekanzler Steger.

Aus der Erfahrung der nachfolgenden Koalitionen, muss man feststellen, dass sie eigentlich sehr erfolgreich arbeitete. Justizminister Dr. Harald Ofner begann die Mängel des so genannten „humanen Strafvollzuges“ von Broda zu korrigieren. Verteidigungsminister Dr. Frischenschlager (ab 1985 Dr. Helmut Krünes) verhalf dem Bundesheer zu mehr Bürgernähe und kaufte die von der ÖVP total verteufelten Draken. Auch Vizekanzler und Wirtschaftsminister Steger agierte erfolgreich, es gab wieder Wirtschaftswachstum und einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Staatssekretär Dr. Ferrari – Brunnenfeld startete die ersten Umweltförderungsprojekte und prägte den tollen Wahlspruch: „Ökologie ist

Langzeitökonomie.“ Finanzstaatssekretär Dkfm. Holger Bauer setzte erfolgreich wichtige Schritte zum Abbau der Staatsverschuldung und Staatssekretär Ing. Gerulf Murer bemühte sich um die Bauern. Mit ÖGB und SPÖ war vereinbart, dass arbeitslos gewordene Ausländer in ihre Heimatstaaten zurückkehren, was immerhin deren Reduzierung bis 1986 von gesamt 258 000 (!) auf 243 000 bewirkte.

Aus objektiver Zeitdistanz gesehen arbeitete diese FPÖ – Regierungsmannschaft also sehr gut, dies wurde jedoch damals von Vielen anders gesehen. Da gab es die Oppositionspartei ÖVP, die hemmungslos populistisch im Missmachen keine Grenzen kannte, kräftigst unterstützt von den vielen ihr in Österreich „nahe stehenden“ Medien. So wurden z.B. von der „staatstragenden ÖVP“ die Draken als uraltes Graffelwerk diffamiert, welche alle abstürzen würden. Ab 1987 mussten die ÖVP – Verteidigungsminister dann die eigene Suppe auslöffeln und schließlich sogar erklären, warum die Draken nicht wie ursprünglich geplant 1995 außer Betrieb gingen, sondern erst 2005!

Es gab gegen die rot – blaue Koalition aber auch FPÖ interne Gegner. Viele Parteimitglieder fielen auf die Diffamierungskampagnen hinein, da die parteiinterne Informationsschiene mangelhaft war und waren enttäuscht, weil die Regierungsbeteiligung erwartete Wunder nicht erfüllte. Aber es gab auch zwei sehr ehrgeizige parteiinterne Jungpolitiker: Der erfolgreiche Kärntner Landesobmann Haider drohte dauernd mit Abspaltung und seinen Jugendfreund Dr. Norbert Gugerbauer, der 1983 in den Nationalrat einzog. Während Haider keine Möglichkeit ausließ, um sich in den Medien mit kräftigen Querschüssen gegen die eigenen Regierungsmitglieder zu profilieren, bereitete Gugerbauer, nach mehreren FPÖ – Niederlagen bei Regionalwahlen, den Umsturz vor. Diese parteiinternen Konflikte bewirkten ernsthafte Überlegungen Haider aus der Partei auszuschließen, doch letztlich fehlte der Mut an den Vorsitzenden des Parteigerichtes Dr. Peter Wrabetz einen Antrag zu stellen.

Schießlich kam es zum legendären Innsbrucker Parteitag, wo Gugerbauer intensiv versicherte, dass die Koalition mit der SPÖ auch beim Obmann Haider bleiben würde. Angeblich hatte er eine Zusage vom Nationalratspräsidenten Dr. Heinz Fischer, nicht jedoch vom Bundeskanzler Vranitzky, einem eingeschworenen Großkoalitionär, der nun behauptete mit Obmann Haider sei die FPÖ eine andere geworden, sodass der Koalitionspakt nicht mehr gelte.